



HESSISCHER LANDTAG

30. 01. 2026

Plenum

Dringlicher Antrag

Fraktion der AfD

Hessen im wirtschaftlichen Sinkflug: Rekord-Insolvenzen, Stellenabbau und die Untätigkeit der schwarz-roten Landesregierung

D e r L a n d t a g w o l l e b e s c h l i e ß e n :

1. Der Landtag stellt fest, dass Hessen eine beispiellose wirtschaftliche Krise durchlebt, deren Ausmaß und Geschwindigkeit besorgniserregend sind. Die Insolvenzzahlen sind auf Rekordhöhe: Im ersten Halbjahr 2025 wurden 987 Unternehmensinsolvenzen registriert, ein Anstieg um 26 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Im ersten Quartal 2025 allein verzeichnete Hessen 494 Insolvenzen, ein Plus von 38 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Das Bundesland weist damit die fünfthöchste Insolvenzquote aller 16 Bundesländer auf.
2. Der Landtag stellt fest, dass parallel zu diesen Insolvenzen Massenentlassungen stattfinden, sowohl durch Betriebsschließungen als auch durch Produktionsverlagerungen. Beispielhaft seien genannt: AE Group (134 Stellen), Segula Technologies (200 bis 220 Stellen), BorgWarner/Akasol (350 Stellen), Continental (1.200 Stellen), Opel (Schichtreduzierungen), Goodyear (1.050 Stellen). Allein diese Betriebe stehen für rund 3.000 verlorene Arbeitsplätze. Die Dunkelziffer weiterer Betriebe ist erheblich.
3. Der Landtag stellt fest, dass die Landesregierung angesichts dieser Notlage kein Konzept zur Krisenbewältigung vorgelegt hat. Dies zeigt sich in Antworten auf parlamentarische Anfragen an unsere Fraktion, in denen die Landesregierung wiederholt erklärt, es lägen ihr „keine Informationen vor“ oder sie sehe „keinen umfassenden Kahlschlag“. Besonders skandalös: Die Landesregierung räumt ein, dass ihr „keine Erkenntnisse über Auswirkungen auf Kommunalhaushalte“ und „keine Daten über Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt“ vorliegen. Statt zu handeln, verweist die Landesregierung auf allgemeine Instrumente wie „Industrietrialog“ oder „Transformationsnetzwerke“ – während tausende Arbeitsplätze verloren gehen.
4. Der Landtag stellt fest, dass die Ausgestaltung des Hessenfonds einem zielgerichteten Wirtschaftsförderinstrument nicht gerecht wird. Das Programm konzentriert sich auf ideologisch priorisierte Transformationsbereiche, insbesondere „Dekarbonisierung“ und „Klimatechnologien“, statt marktgerichtet zu arbeiten. Dies führt zu einer Diskriminierung von profitablen, arbeitsplatzschaffenden Unternehmen, die nicht in diese Priorisierung passen. Gleichzeitig unterstützt der Fonds potentiell unwirtschaftliche Projekte, die nur deshalb finanziert werden, weil sie ideologischen Vorgaben entsprechen. Eine echte Wirtschaftsförderung ist gute Standortpolitik. Von ihr profitieren alle Unternehmen, weil sie auf Leistung statt auf politische Vorgaben setzt.
5. Der Landtag stellt fest, dass die wirtschaftliche Krise nicht auf einzelne Branchen beschränkt ist, sondern alle hessischen Schlüsselbranchen erfasst hat. Besonders die Automobil- und Zulieferindustrie gerät unter Druck; im Maschinenbau brechen Aufträge weg, im Einzelhandel steigen die Insolvenzen, die Logistik leidet unter hohen Energiekosten und Überregulierung, und der Mittelstand kämpft mit Fachkräftemangel und überbordender Bürokratie. Besonders alarmierend: 25 Prozent der hessischen KMU planen ihre Betriebsübergabe in den nächsten Jahren, doch fünf Prozent rechnen bereits mit Liquidation mangels Nachfolger. Tausende Betriebe schließen „still und leise“ ohne Insolvenzanmeldung. Die Landesregierung hat für keine dieser Branchen ein tragfähiges Konzept.

6. Der Landtag stellt fest, dass Hessens Krise nicht nur durch eine ideologische Regulierung verursacht wird, sondern auch durch eine Steuerpolitik, die Arbeit und Unternehmertum systematisch bestraft. Während die Landesregierung von „mehr Leistung“ spricht, belastet die Politik Fachkräfte und Betriebe mit stetig steigenden Steuern, Abgaben und Energiekosten. Das Resultat: 2024 wanderten bundesweit circa 270.000 deutsche Staatsbürger aus – darunter hochqualifizierte Fachkräfte und Unternehmer – und davon 21.000 aus Hessen.
7. Der Landtag stelle weiterhin fest, dass Arbeitsplätze nur dann gerettet und Hessens Wirtschaft nur dann stabilisiert werden kann, wenn Arbeit wieder attraktiv wird, wie durch Steuersenkungen, Bürokratieabbau und niedrigere Energiekosten. Die aktuelle Politik führt in das Gegenteil: Sie nennt es sozial-ökologische Transformation, doch hinter dem Euphemismus verbirgt sich eine ideologisch motivierte Deindustrialisierung, die Betriebsgründungen unattraktiv macht, Produktion verteuert und die wirtschaftlichen Grundlagen unserer Volkswirtschaft und unseres Wohlstandes systematisch zerstört.
8. Der Landtag stellt fest, dass die Hauptverantwortung für die wirtschaftliche Krise in einer klimaideologischen Regulierung auf Bundes- und EU-Ebene liegt. Dennoch hat die Landesregierung im Rahmen ihrer Kompetenzen nichts unternommen, um dieser Fehlentwicklung entgegenzuwirken. Statt die eigenen Landesinteressen zu verteidigen, übernimmt sie blind die ideologischen Vorgaben übergeordneter Ebenen und geht sogar noch über diese hinaus.
9. Der Landtag fordert die Landesregierung sowie den Ministerpräsidenten auf, unverzüglich ein wirksames Maßnahmenpaket zur Stabilisierung der hessischen Wirtschaft und zur Sicherung von Arbeitsplätzen umzusetzen, insbesondere:
 - Transparenz und Bestandsaufnahme: Vorlage einer umfassenden Bestandsanalyse inklusive vollständiger Liste aller Betriebe in Hessen mit mehr als 50 Mitarbeitern und angedrohtem beziehungsweise laufendem Stellenabbau; Bericht an den Landtag nach Regionen, Branchen und Unternehmensgrößen gegliedert.
 - Abbau landesrechtlicher Hemmnisse: Systematische Überprüfung aller hessischen Verordnungen, Auflagen und Dokumentationspflichten auf ihre Wirtschaftsverträglichkeit; Streichung nicht essentieller Regelungen bis zum Ende des Haushaltsjahrs.
 - Bundesratsinitiativen und Bundesverfassungsbeschwerde: Konsequente Interessenvertretung Hessens im Bundesrat gegenüber Bundesregierung und EU-Kommission mit dem Ziel: Abschaffung der SDG-bezogenen Berichtspflichten, Aufhebung des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes, Prüfung einer Bundesverfassungsbeschwerde gegen unverhältnismäßige EU-Regulierungen.
 - Beschleunigung von Genehmigungsverfahren: Sofortige Verkürzung von Genehmigungsfristen und Bündelung paralleler Verfahren; Festlegung verbindlicher Bearbeitungszeiten mit Eskalationsmechanismen bei Verzögerung.
 - Bürokratie-Moratorium: Verzicht auf neue Landesverordnungen, Auflagen oder Meldepflichten für Unternehmen bis zur stabilen Wirtschaftslage.
 - Erleichterung von Unternehmensnachfolgen: Abbau landesrechtlicher Dokumentationspflichten; aktive Bundesratsinitiativen für steuerliche Erleichterungen und vollständige Abschaffung der Erbschaftsteuer.
 - Reform der Vergaberegeln: Rücknahme der Anforderungen an Tarifbindung bei der Vergabe öffentlicher Aufträge.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 30. Januar 2026

Der Parlamentarische Geschäftsführer:
Dr. Frank Grobe